



AS (22) RP 1 G
Original: English

BERICHT

FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR POLITISCHE ANGELEGENHEITEN UND SICHERHEIT

**Verteidigung der Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE
inmitten beispielloser militärischer Feindseligkeiten in der
OSZE-Region**

**BERICHTERSTATTER
Hr. Laurynas Kasčiūnas
Litauen**

BIRMINGHAM, 2. – 6. JULI 2022

BERICHT

**FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR
POLITISCHE ANGELEGENHEITEN UND SICHERHEIT**

Berichterstatter: Hr. Laurynas Kasčiūnas (Litauen)

Einleitung

Die Welt, wie wir sie heute kennen, die europäische Sicherheitsordnung, in der wir bisher gelebt haben, die OSZE, mit der wir zu arbeiten gewohnt sind, sind unter Beschuss. Wir erleben, dass zwei völlig unterschiedliche Realitäten aufeinanderprallen.

Da gibt es eine Realität – unsere Realität –, in der demokratische Werte und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gelten, in der das Völkerrecht geachtet wird und Diplomatie und Zusammenarbeit stets als einzige Mittel zur Verfolgung der außenpolitischen Ziele der Länder gewählt werden. Unsere Realität, in der wir sehen, dass Millionen Menschen in ihrem eigenen Land, der Ukraine, im Herzen Europas, für Ideale und Werte kämpfen, die in den grundlegenden Dokumenten und Verpflichtungen der OSZE verankert sind. Unsere Realität, in der Millionen Menschen bereit sind, ihr Leben zu opfern, um die Unabhängigkeit und Souveränität ihres Landes zu verteidigen. Bei diesem engagierten Einsatz für Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit für ihr eigenes Land und ganz Europa haben Tausende unschuldiger Menschen und Kinder ihr Leben verloren. Die Menschen der Ukraine, aber auch Georgiens und der Republik Moldau haben ihr Leben dem Kampf für ihre unveräußerlichen Rechte und Freiheiten, die politische Unabhängigkeit und die Souveränität und Integrität der Grenzen ihres Landes gewidmet. Indessen steht die Ukraine an vorderster Front dieses mutigen Kampfes, dessen Ausgang über das Schicksal der Konturen der Sicherheitsordnung in der OSZE-Region bestimmen wird.

Leider gibt es eine andere, eine brutale Realität. Die rechtswidrige Realität, in der wir die absolute Missachtung von Menschenleben und Menschenwürde und das fehlende Engagement von Teilnehmerstaaten für die Ideale und Prinzipien der OSZE beobachten. Wir sehen Staaten, die bewusst die Grundprinzipien dieser Organisation völlig ablehnen und es vorziehen, einen nicht provozierten Krieg zu führen, und Staaten, die sich weigern, nach dem Wiener Dokument zusammenzuarbeiten und sich an den Mechanismus zur Verminderung der Risiken zu halten. Diese mangelnde Bereitschaft, früher übernommene Pflichten zu erfüllen, bedeutet letztlich eine eklatante Verletzung von OSZE-Verpflichtungen und demontiert den Urgrund der europäischen Sicherheitsarchitektur. In dieser zerbrechlichen Realität sehen wir, dass schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, die politische Opposition und die unabhängige Zivilgesellschaft unterdrückt, Migranten instrumentalisiert und destabilisierende Cyber- und andere Formen hybrider Kriegsführung eingesetzt werden. Eine solche Entschlossenheit, gegen die gemeinsamen Werte und Prinzipien zu verstoßen und davon abzuweichen, und der übermäßige Verlass auf Gewaltanwendung und wechselseitige Aneignungen verschlimmern nur eine ohnehin schon komplexe Sicherheitslage und bergen die Gefahr, die OSZE-Region in die Widrigkeiten vergangener Zeiten zurückzuwerfen.

Um diese beiden unterschiedlichen Realitäten ins Lot zu bringen, ist es notwendig, sich erneut auf die OSZE-Prinzipien zu verpflichten, namentlich in der Dimension der politischen Angelegenheiten und der Sicherheit, aber auch eine sehr kritische Selbstbewertung dessen vorzunehmen, was zu dieser Situation geführt hat. Diese beispiellosen erhöhten Spannungen, militärischen Aggressionen und zunehmenden nicht-konventionellen Bedrohungen können nur abgewendet werden, wenn alle OSZE-Teilnehmerstaaten und -Nationen in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht beharrlich zur Einhaltung der Helsinki-Prinzipien beitragen. Das kann uns auch eine einmalige Gelegenheit bieten, der OSZE neue Kraft zu verleihen und sie stärker und effizienter zu machen, damit sie den Versuchen eines oder zweier OSZE-Teilnehmerstaaten, die Organisation als Geisel zu nehmen, standhalten kann. In diesem Bericht skizziere ich die drängendsten Sicherheitsherausforderungen, die der europäischen Sicherheit schaden, sowie die einzigartigen Instrumente und Rahmen der OSZE, die eingesetzt werden sollten, um die sich entwickelnden Konflikte und Krisen zu entschärfen und Voraussetzungen für sofortige und dauerhafte Stabilisierung, für Frieden und Sicherheit in der gesamten OSZE-Region zu ermöglichen.

Anhaltende militärische Aggression und Langzeitkonflikte

Die gesamte OSZE-Region wird in langwierige Konflikte und eskalierende bewaffnete Bedrohungen hineingezogen. In unserer Region haben alarmierende Entwicklungen in mehreren unserer Teilnehmerstaaten das Potenzial, die europäische Sicherheit auf Dauer zu beeinflussen.

Seit einigen Jahrzehnten wird ganz Europa von einer der dramatischsten Veränderungen im Sicherheits- und Politikdenken Europas erschüttert. Die russische Aggression gegen Georgien, die Republik Moldau und nun die Ukraine hat die Grundlagen des Völkerrechts eklatant verletzt.

Die Invasion der Russischen Föderation in die Ukraine

2022 ist zu einem entsetzlichen Jahr geworden, als die OSZE-Region durch den Ausbruch der größten militärischen Invasion seit dem Zweiten Weltkrieg erschüttert wurde. Die gesamte OSZE-Gemeinschaft erlebte einmal mehr das schlimmste Gefühl, das uns mit Blick auf die Geschichtsschreibung erfassen kann – das Gefühl des Déjà-vu. Nach acht Jahren der Besetzung und illegalen Annexion der Krim durch die Russische Föderation und dem Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine führt Russland nun einen umfassenden Angriffskrieg gegen die Ukraine. Und Belarus, ein weiterer OSZE-Teilnehmerstaat und Nachbar der Ukraine, hilft Russland in beschämender Weise dabei. Große Explosionen erschütterten Kiew, Charkiw, Mariupol, Tschernihiw, Schytomyr, Lwiw, Dnipro und viele andere Städte der Ukraine. Die willkürlichen Luftangriffe haben zivile Gebäude, Schulen und Entbindungskliniken, Nuklearanlagen und viele andere kritische Infrastrukturen des Landes schwer getroffen, zahlreiche Zivilisten, darunter auch viele Kinder, getötet und Millionen Menschen vertrieben. Mit jedem Kriegstag häufen sich die Beweise für neue Gräueltaten und massive Kriegsverbrechen, die von den russischen Streitkräften in Butscha, Irpin, Borodjanka, Mariupol, Kramatorsk und vielen anderen ukrainischen Städten verübt wurden. Zu den Taktiken russischer Kriegsführung gehört es, die humanitäre Krise zu

verschärfen, Blockaden zu errichten und die Bevölkerung auszuhungern, humanitäre Hilfsgüter zu beschlagnahmen und Zivilisten und Nichtkombattanten gezielt in die Frontlinie zu bringen.

Wir verurteilen auf das Schärfste alle Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von der Russischen Föderation gegen die Menschen der Ukraine begangen wurden. In dem Bemühen sicherzustellen, dass alle diese Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ordnungsgemäß erfasst und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, haben 45 OSZE-Teilnehmerstaaten mit Unterstützung der Ukraine am 3. März den Moskauer Mechanismus der OSZE ins Leben gerufen. Die OSZE/PV begrüßt die Ergebnisse des von drei unabhängigen Sachverständigen erstellten (und am 13. April 2022 veröffentlichten) Berichts über die seit 24. Februar 2022 in der Ukraine begangenen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (*Report on Violations of International Humanitarian and Human Rights Law, War Crimes and Crimes against Humanity Committed in Ukraine since 24 February 2022*) und ist der Auffassung, dass diese Ergebnisse auch zur Feststellung der politischen Verantwortlichkeit für die begangenen Verstöße beitragen könnten. Die Russische Föderation sollte sich einem internationalen Gericht und internationalen Rechenschaftsmechanismen stellen. Daher unterstützen wir jede von der internationalen Gemeinschaft eingeleitete Ermittlungsinitiative zur Sammlung und Sicherung von Beweisen für die Begehung rechtswidriger Handlungen, einschließlich der vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen beauftragten unabhängigen internationalen Untersuchungskommission und der Arbeit der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs.

Bedauerlicherweise hat dieser barbarische Krieg, der auf europäischem Boden stattfindet, verheerende Folgen für die Sicherheit, die Wirtschaft und die humanitäre Lage der gesamten OSZE-Region. Indes sind wir in der OSZE, und besonders hier in der OSZE/PV im Dienst der Interessen unserer Wähler, gemeinsam dafür verantwortlich, wie wir mit diesem Krieg umgehen und sicherstellen, dass die Staaten und Personen, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen und versuchen, die Souveränität und territoriale Integrität eines anderen Staates zu verletzen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Russlands Erklärung eines umfassenden Kriegs ist ein rechtswidriger und nicht zu rechtfertigender Versuch, die Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine zu untergraben. Russlands Invasion in die Ukraine stellt eine beispiellose Gefahr für alle drei Dimensionen der umfassenden Sicherheit für die Ukraine wie auch für unsere gemeinsame Sicherheitsordnung dar. In dieser Hinsicht fordern wir Russland nachdrücklich auf, das Urteil des Internationalen Gerichtshofs zu respektieren, das die Verantwortung der Russischen Föderation für die Führung dieses rechtswidrigen Kriegs unterstreicht und Russland anweist, die am 24. Februar 2022 auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine begonnene Militäroperation sofort einzustellen¹. Ebenso unterstützen wir die vom Internationalen Strafgerichtshof eingeleiteten Ermittlungen sowie alle anderen internationalen Bemühungen in dieser Hinsicht. Wir begrüßen

¹ ICJ, Order ALLEGATIONS OF GENOCIDE UNDER THE CONVENTION ON THE PREVENTION AND PUNISHMENT OF THE CRIME OF GENOCIDE (UKRAINE v. RUSSIAN FEDERATION)
<https://www.icj-cij.org/public/files/case-related/182/182-20220316-ORD-01-00-EN.pdf>

auch die Verabschiedung der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Aggression gegen die Ukraine, worin verlangt wird, dass die Russische Föderation „alle ihre Streitkräfte unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzieht“.

Damals wie heute sind wir, angesichts einer militärischen Eskalation in der OSZE-Region, geeint in unserer Entschlossenheit, diesem brutalen und nicht provozierten Krieg ein Ende zu setzen. Hierzu möchte ich noch einmal unsere unerschütterliche Unterstützung für die Ukraine, ihre Unabhängigkeit, ihre Einheit, ihre Souveränität und territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer und ihr Recht, ihre eigenen Sicherheitsregelungen frei zu treffen und zu wählen, bekräftigen.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um meine Anerkennung für die langjährige, mutige und konsequente Arbeit der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine zu bekunden, die trotz der zunehmenden Unbeständigkeit und Behinderung ihres Überwachungs- und Berichterstattungsmandats kontinuierlich und unparteiisch über die Sicherheitslage vor Ort berichtet hat. In einer gefährlichen und unsicheren Zeit ist die sachlich fundierte Arbeit der Sonderbeobachtermission ein wesentlicher Beitrag zu dauerhaftem Frieden in der Ukraine und der OSZE-Region, und daher plädieren wir für eine Wiederaufnahme des Mandats der Mission, sobald es die Sicherheitslage im Land erlaubt.

Als Hüter der Demokratie, des Völkerrechts und der OSZE-Prinzipien fordern die Mitglieder des Allgemeinen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit Russland nachdrücklich auf, alle militärischen Feindseligkeiten in der Ukraine unverzüglich einzustellen und seine Streitkräfte aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb der international anerkannten Grenzen abzuziehen, um dann im Wege von Diplomatie und Verhandlungen zu einer dauerhaften und friedlichen Lösung zu gelangen. Wir werden darauf bestehen, dass unsere Regierungen die Sanktionen und andere lähmende Einschränkungen aufrechterhalten, bis die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine vollständig wiederhergestellt sind. Schließlich verurteilen die Mitglieder des Allgemeinen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit Belarus, das sich der aggressiven Haltung Russlands gegenüber der Ukraine angeschlossen und diese militärische Invasion erleichtert hat. Aus diesem Grund hat Belarus nicht die moralische Autorität, im zweiten Trimester dieses Jahres den Vorsitz im Forum der OSZE für Sicherheitskooperation zu führen.

Ich möchte die mutigen Menschen in Russland und Belarus loben, die trotz der Androhung langjähriger Haftstrafen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um gegen diesen Krieg ihrer Regierungen gegen die Ukraine zu protestieren. Und ich verurteile auf das Schärfste alle Versuche, sie zum Schweigen zu bringen, einschließlich des prominenten Oppositionsführers Wladimir Kara-Murza, eines engen Mitarbeiters Boris Nemzows und eines der treuesten Anhänger der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Meine Botschaft an ihn und an alle dort illegal Inhaftierten lautet: „Bleibt stark! Euer Kampf für den Frieden ist auch unserer! Wir werden keine Mühen scheuen, bis dieser Krieg vorbei ist und auch ihr alle befreit seid!“

Wie die Generalsekretärin der OSZE, Helga Maria Schmid, am Rande des 28. Ministerrats in Stockholm zu Recht betonte, hat die OSZE bei der Abwendung und Bewältigung von Konflikten und Krisen wie diesen eine entscheidende Rolle gespielt. Zum gleichen Anlass erinnerte die Präsidentin der OSZE/PV, Margareta Cederfelt, uns alle daran, dass die OSZE als das wirksamste Instrument in unserem Arsenal damit betraut ist, die Voraussetzungen für Dialog und Zusammenarbeit zu schaffen. Daher fordere ich die Durchführungsorgane der OSZE nachdrücklich auf, alle vorhandenen Mechanismen einzusetzen, um in diesem für die gesamte OSZE-Region entscheidenden Augenblick gemeinsam zu handeln. Es kann nie zu viele Anstrengungen geben, den Krieg zu beenden und Frieden zu wahren, egal wie zerbrechlich er ist.

Schwelender Konflikt in Georgien

Auch außerhalb der Ukraine hat die Russische Föderation ihre Aggression und Gewalt vielfach fortgesetzt, mit einem weiteren Schwerpunkt in Georgien, was für diese Region und ihre Bevölkerung verheerende Folgen hat. Wir als Mitglieder des Allgemeinen Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit in der OSZE/PV begrüßen die Priorität des polnischen OSZE-Vorsitzes, zu einer friedlichen und nachhaltigen Beilegung des Konflikts in Georgien beizutragen.

Wie wertvoll die bestehenden Mechanismen der OSZE sind, haben die Teilnehmer an den Internationalen Genfer Gesprächen in den vergangenen Monaten gezeigt, als sie in mehreren Gesprächsrunden versuchten, alle relevanten Fragen des russisch-georgischen Konflikts zu erörtern, darunter auch die dringendsten Anliegen der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung in den georgischen Regionen Abchasien und Zchinwali. Dies ermöglichte effektive Austausche über Gesundheitsmaßnahmen in der COVID-19-Pandemie und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, doch Meinungsverschiedenheiten über die Lage der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen konnten leider noch nicht beigelegt werden. Ein weiterer wirksamer und praktischer Mechanismus der OSZE sind die Treffen im Rahmen des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Ergneti, die auch weiterhin genutzt werden, um wichtige Probleme anzusprechen und zu behandeln.

Weiterhin verstärkt Russland zudem seine militärische Präsenz in den besetzten Teilen Georgiens und vertieft die Da-facto-Integration dieser georgischen Regionen nach Russland. Die Anerkennung der sogenannten Unabhängigkeit der besetzten Gebiete Georgiens muss rückgängig gemacht werden.

Die Beilegung des Konflikts zwischen Russland und Georgien erfordert nach wie vor ein ausgewogenes Vorgehen auf der Grundlage der vollständigen Umsetzung des von der EU vermittelten Sechs-Punkte-Waffenruheabkommens vom August 2008. Wir fordern die Russische Föderation auf, ihre systematischen Menschenrechtsverletzungen zu beenden, ihre Verpflichtungen aus dem Waffenruheabkommen zu erfüllen und die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Januar 2021 umzusetzen.

Transnistrien-Konflikt

Im Hinblick auf den Transnistrien-Konflikt sind die Versuche einer Konfliktbeilegung im Rahmen des 5+2-Formats ins Stocken geraten. Die hochrangigen Teilnehmer des 28. Ministerrats bekundeten in ihren Erklärungen zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage erneut ihre nachdrückliche Unterstützung für die laufenden Vermittlungsbemühungen, doch war eine solche Begegnung unter dem schwedischen Vorsitz trotz starken diplomatischen Engagements nicht möglich. Eine negative Rolle spielte hier auch der politische und wirtschaftliche Druck Russlands auf die pro-europäische und pro-reformistische Regierung in Chisinau, unter anderem durch Erpressung mit Energie. Ich missbillige zudem jeden Versuch, die Lage in der Republik Moldau zu destabilisieren und dieses Land in den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hineinzuziehen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um alle am 5+2-Format beteiligten Akteure zu ermutigen, sich auf allen Ebenen in den Verhandlungsprozess einzubringen und auf kollektive Zusammenarbeit im Rahmen einer umfassenden Regelung zu bauen.

Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in der Südkaukasusregion

Im Rahmen der OSZE hat die Minsker Gruppe mit voller Unterstützung des früheren schwedischen und des amtierenden polnischen Vorsitzes sorgfältig daran gearbeitet, den direkten Dialog zwischen Armenien und Aserbaidschan zu erleichtern und Vertrauensbildung zwischen ihnen zu fördern, um zahlreiche Konfliktfolgefragen zu lösen. Eine politische Lösung für die Konfliktfolgefragen muss noch vermittelt werden, doch sind in einer Reihe von Angelegenheiten relative Fortschritte zu verzeichnen, wie der Austausch von Minenkarten und Gefangenen, die Aufnahme von Gesprächen über die Freigabe von Verkehrsverbindungen und die Festlegung des Grenzverlaufs sowie die Einrichtung einer direkten Kommunikationsverbindung über die Kontaktlinie hinweg zeigen. In anderen Fragen ist man jedoch noch nicht wesentlich vorangekommen.

In gemeinsamen Erklärungen am Rande des 28. Ministerrats forderten die Ko-Vorsitzländer der Minsker Gruppe der OSZE Armenien und Aserbaidschan nachdrücklich auf, auf Hetzreden und provokative Handlungen zu verzichten, und ermutigten alle Parteien, einen ergebnisorientierten Dialog fortzuführen, um Fortschritte in humanitären Fragen zu erzielen und in der Südkaukasusregion dauerhafte Sicherheit und nachhaltige Entwicklung herbeizuführen. Wir in der OSZE/PV müssen beide Seiten auffordern, zur Beilegung von Streitigkeiten über die Grenzfestlegung und die Wiederherstellung von Wirtschafts- und Verkehrsverbindungen zusammenzuarbeiten und jede weitere antagonistische Aufstachelung, die eine solche Zusammenarbeit behindern würde, zu unterlassen.

Verschlechterung der Sicherheit in angrenzenden Regionen

Gleichzeitig können wir nicht außer Acht lassen, dass unsere gemeinsame Sicherheit von angrenzenden Regionen abhängt. Allen voran ist hier die Lage in Afghanistan, einem Kooperationspartner der OSZE seit 2003, zu nennen. Die OSZE/PV hat die jüngsten Ereignisse aufmerksam verfolgt und unter anderem die Parlamentarierkonferenz während der Herbsttagung 2021 den aktuellen Sicherheits Herausforderungen in diesem Land gewidmet.

Fragen der Grenzsicherheit betreffen nicht nur Zentralasien, sondern uns alle. Während das Recht der wirklich gequälten Bevölkerung, Asyl zu suchen, unbedingt zu achten ist, muss die OSZE rasch und effizient auf die wachsenden grenzüberschreitenden Bedrohungen reagieren, sei es das Wiederaufleben der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, der Export von Radikalisierung und Gewaltextremismus, der illegale Drogen- und Waffenhandel oder die schändliche Instrumentalisierung illegaler Migranten. Die Situation an der Grenze zwischen Belarus und den Mitgliedstaaten der EU ist trotz der lobenswerten Bemühungen der Regierungen Lettlands, Litauens und Polens weit von einer Normalisierung entfernt. Wir fordern Belarus erneut nachdrücklich auf, die Instrumentalisierung illegaler Migranten für politische Zwecke zu beenden und damit zu beginnen, seine entsprechenden internationalen Verpflichtungen in Bezug auf Grenzsicherung und -management, einschließlich der im Rahmen der OSZE eingegangenen Verpflichtungen, nach Buchstaben und Geist umzusetzen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die OSZE in Zentralasien bereits mehrere Feldmissionen eingesetzt hat, die eine Reihe von Initiativen ergriffen haben, um solchen Entwicklungen gegenzusteuern. Die OSZE/PV muss bereit sein, diese Bemühungen weiterhin zu unterstützen, sei es durch die weitere Vermittlung unserer Sonderbeauftragten für Zentralasien, Pia Kauma, oder über spezielle Plattformen wie den Ad-hoc-Ausschuss für Terrorismusbekämpfung unter der Leitung von Reinhold Lopatka oder den Ad-hoc-Ausschuss für Migration unter der Leitung von Kristian Vigenin.

Zugleich wächst das Bewusstsein für die Bedeutung des Mittelmeerraums. Wie von den hochrangigen Teilnehmern des 25. Ministerrats in der Erklärung über Sicherheit und Zusammenarbeit gefordert, muss die OSZE handeln, um ihre Arbeit mit ihren Kooperationspartnern (Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien) zu intensivieren und die eng miteinander verknüpften Phänomene des illegalen Menschenhandels, der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und der Terrorismusfinanzierung anzugehen. Die OSZE/PV kann zu diesem Unterfangen beitragen, indem sie einen gemeinsamen regionalen Fokus fördert, wie sie es auf dem jährlichen Mittelmeerforum getan hat, und das Engagement ihres Sonderbeauftragten für Mittelmeerangelegenheiten, Pascal Allizard, unterstützt.

Schließlich ist es unsere Pflicht als Parlamentarier, uns unbeirrt darum zu bemühen, die Interessen unserer Bürger zu schützen und zu fördern, indem wir unsere Regierungen nachdrücklich zu Engagement für friedlichen Dialog und Konfliktbeilegung auffordern. Als Mittler zwischen der Bevölkerung und der Exekutive müssen wir alles daran setzen, die Einhaltung der Grundlagen des Völkerrechts einzufordern.

Aufkommende nichtmilitärische Sicherheitsbedrohungen

Während diese regionalen bewaffneten Feindseligkeiten und Übergriffe andauern, hat sich das Ausmaß der zusätzlichen, wachsenden Bedrohungen für unsere gemeinsame Sicherheitsordnung keineswegs verringert. Aus dem Zusammenspiel konventioneller Instrumente und technologischer Fortschritte sind neue Sicherheitstrends entstanden, die in den kommenden Jahren kaum abflauen dürften.

Vorbei sind die Zeiten, in denen militärische Angriffe die einzige große Bedrohung für unsere Stabilität darstellten. Die Ära hybrider Kriegsführung ermöglicht neuartige Destabilisierungstaktiken, die für die Sicherheitsdimension des OSZE-Raums katastrophale Auswirkungen haben.

In den letzten Jahren haben wir vielfach erlebt, wie offensive hybride Strategien in und gegen OSZE-Teilnehmerstaaten eingesetzt wurden. Diese Strategien reichen von der Nutzung von Energieströmen als Waffen, illegalen Finanzgeschäften und der Unterwanderung unabhängiger politischer und gesellschaftlicher Organisationen bis hin zu Versuchen, an OSZE-Grenzen eine Migrationskrise herbeizuführen, zerstörerischen Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen und der Verbreitung von Desinformationen. Eine der gängigsten Komponenten moderner Kriegsführung waren und sind vor allem Cybereingriffe in kritische und zivile Infrastrukturen. Dabei hatten es Täter auf Finanzunternehmen, Telekommunikationssysteme, Öl- und Energieunternehmen, militärische und nachrichtendienstliche Einrichtungen, Gesundheitseinrichtungen, Bahnhöfe und Wahlsysteme abgesehen. In allen diesen Bereichen kam es durch Cyberangriffe in der gesamten OSZE-Region zu schweren Störungen.

Diese nichtmilitärische hybride Kriegsführung diene feindseligen politischen Zielen und sollte die OSZE-Region destabilisieren. Angesichts des exponentiellen Anstiegs solcher hybrider grenzüberschreitender Angriffe müssen unsere nationalen Behörden die Gefahr erkennen, die von modernen technologischen Entwicklungen ausgeht, und zunehmend nichtmilitärische vertrauensbildende Maßnahmen durchführen. Vor diesem Hintergrund hat die OSZE bereits einen maßgeblichen Beitrag zur Untermauerung der regionsweiten Cybersicherheit, Resilienz und Fähigkeit zur Erhöhung von Rechenschaftspflicht und Transparenz im Cyberspace geleistet. Wegweisend ist in dieser Hinsicht die Rolle der OSZE bei der Prüfung der robusten vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich der Cyber-/IKT-Sicherheit, die darauf ausgelegt sind, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergebenden Konfliktrisiken zu vermindern, und die in den Beschlüssen Nr. 1039, 1106 und 1202 des Ständigen Rates verankert sind.

Den Teilnehmerstaaten wird nahegelegt, vertrauensbildende Maßnahmen zu operationalisieren, um die Cyberresilienz ihrer nationalen kritischen Infrastruktur zu verbessern und verantwortungsvolles Verhalten und internationale Zusammenarbeit in der Cyberdimension der OSZE-Region zu fördern. Hinzuzufügen ist, dass der entstehende Cyberbereich nicht ausschließlich auf zwischenstaatliche Beziehungen beschränkt ist, und daher werden die Teilnehmerstaaten ermutigt, bei der Überwachung und dem Schutz des virtuellen Raums und seiner Infrastruktur einen demokratischen und am Menschen orientierten Ansatz zu gewährleisten.

Abschließend sollte man nicht vergessen, dass konventionelle Bedrohungen nach wie vor überwiegen und eine Gefahr für unsere gemeinsame Sicherheit darstellen. In Anbetracht der zunehmenden Sicherheitsrisiken, die von unerlaubten Kleinwaffen und leichten Waffen ausgehen, sollten wir daher militärische Transparenz sicherstellen, indem wir für eine bessere Einhaltung der Rahmen für Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in der OSZE-Region sorgen, einschließlich einer überfälligen Anpassung des Wiener Dokuments an die neuen Gegebenheiten vor Ort und einer Neubelebung des Vertrags über den Offenen Himmel.

Das Zeitalter der zurückweichenden Demokratie und des sich ausbreitenden Unilateralismus

Das Wiederaufleben von Feindseligkeiten und Autoritarismus in Verbindung mit der Überfülle grenzüberschreitender Sicherheitsbedrohungen hat zum Abbau demokratischer Institutionen und zur Erosion der demokratischen, auf Regeln beruhenden Ordnung geführt. Wie Freedom House berichtet, hat der Demokratieabbau weltweit in 16 aufeinanderfolgenden Jahren zugenommen.² Ob in Europa, im Nahen Osten oder in anderen Krisengebieten – die Welt ist weniger demokratisch geworden.

Die OSZE wurde gegründet, um am Aufbau sicherer und friedlicher Gesellschaften, aber auch blühender Demokratien zu arbeiten. Heute jedoch wird die Demokratie in der OSZE-Region durch undemokratische Praktiken und repressives Vorgehen gegen politische Gegner, die Verletzung von Menschenrechten und Freiheiten sowie gefährliche Versuche, die parlamentarische und legislative Kontrolle zu umgehen und die Macht des Parlaments zurückzudrängen, systematisch gelähmt. Anstatt zur demokratischen Erosion beizutragen, sollte die OSZE-Gemeinschaft solidarisch zusammenarbeiten, um eine robuste und lebensfähige Demokratie zu fördern, und die Anstrengungen unterstützen, die das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten und die Beauftragte für Medienfreiheit zur Stärkung nachhaltiger demokratischer Institutionen unternehmen. Frieden und Stabilität in der OSZE-Region können nur dann dauerhaft und umfassend erreicht werden, wenn das Vertrauen in demokratische Regierungsführung wiederhergestellt wird und gut funktionierende demokratische Institutionen die Oberhand über den Einsatz militärischer Macht und Mittel gewinnen. In diesem Kontext möchte ich die fortgesetzte beispiellose Repression des Regimes in Minsk gegen die Menschen von Belarus erneut auf das Schärfste verurteilen. Diese muss sofort beendet werden!

Es ist auch an der Zeit für eine Neubelebung des – bewusst vernachlässigten und getäuschten – Vertrauens in multilaterale Koordination und internationale Zusammenarbeit. Die überhandnehmenden einseitigen Maßnahmen verschärfen nur die bestehenden Bedrohungen und Instabilitäten, anstatt dauerhafte Sicherheit und friedliche Lösungen zu fördern. Die auf Regeln beruhende internationale Ordnung und der koordinierte Multilateralismus haben sich bei vielen Gelegenheiten als Mehrwert auf dem Weg zu umfassender und nachhaltiger Sicherheit erwiesen. Als Parlamentarier ist uns die Befugnis übertragen, die Regierungen zu beaufsichtigen und Themen vorzugeben, die effektiven Multilateralismus – nach wie vor eine treibende Kraft bei der Eindämmung moderner globaler Sicherheitsgefahren – voranbringen sollten.

Vorrang für die menschliche Sphäre

Vor diesem Hintergrund hat der Amtierende Vorsitzende, der polnische Außenminister Zbigniew Rau, die Teilnehmerstaaten an die kollektive Verantwortung für die

² Freedom House, Freedom in the World 2022: The Global Expansion of Authoritarian Rule, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2022/global-expansion-authoritarian-rule>

Förderung der menschlichen Dimension bei der Schaffung von Frieden und Stabilität erinnert.

Die Zivilbevölkerung, darunter Frauen, Jugendliche und Kinder, ist die verletzlichste Gruppe unter den von Langzeitkonflikten und militärischen Feindseligkeiten Betroffenen. Als solche muss sie zwingend in die Prävention und Beilegung von Konflikten eingebunden werden, wie dies auch im Rahmen der Arbeit der Sonderbeauftragten für Genderfragen, Hedy Fry, und der Sonderbeauftragten für Jugendengagement, Farah Karimi, anerkannt wird. In Anlehnung an die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in der anerkannt wird, wie wichtig die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an der Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit auf allen Ebenen ist, sollte die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit daher fester Bestandteil der umfassenden und inklusiven Sicherheit der OSZE sein. Ebenso sollten wir im Einklang mit der Resolution 2250 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Jugend, Frieden und Sicherheit dafür sorgen, dass die Jugend am Entscheidungsprozess auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene beteiligt ist. Die OSZE/PV als einzigartige Plattform für den interparlamentarischen Dialog kann die traditionellen diplomatischen Kanäle bei der Abwendung künftiger Krisen ergänzen, indem sie den Ausgegrenzten und Unterdrückten eine Stimme verleiht. Man sollte nicht vergessen, dass die OSZE für alle Teile der Gesellschaft steht, und so ist es an uns, darüber zu wachen, dass unsere Regierungen dem in der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris verankerten Geist der Inklusivität, der Demokratie und der Sicherheit verpflichtet bleiben.

Hinweis: Dieser Bericht wurde Mitte April 2022 erstellt und gibt somit nur die Ereignisse und Vorfälle wieder, die vor diesem Zeitraum stattgefunden haben. Ereignisse, die nach Mitte April 2022 eingetreten sind, werden nicht berücksichtigt.